

Fragen des GMDW zur Landtagswahl 2026

1. *Welche politischen Schritte planen Sie, um die Qualität in Pflege, Krankenversorgung und Erziehung zu sichern?*

Antwort:

Ein Großteil der Pflegebedürftigen wird im häuslichen Umfeld von Angehörigen gepflegt – oft rund um die Uhr und über Jahre hinweg. Diese Leistung ist unbezahlbar und verdient höchste Anerkennung. Doch pflegende Angehörige stoßen häufig an ihre Grenzen: gesundheitlich, finanziell und sozial. Wir GRÜNE setzen uns für wirksame Entlastung ein. Dazu gehören der Ausbau von ambulanter Pflege, Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege sowie niedrigschwellige Angebote wie Quartiersstützpunkte oder Nachbarschaftszentren mit stundenweiser Betreuung. Pflegende Angehörige brauchen Beratung, Schulung und psychosoziale Unterstützung – sowie die Möglichkeit, Beruf und Pflege besser zu vereinbaren. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Pflegezeit zur Freistellung von der Arbeit ein, die mit einer Lohnersatzleistung verbunden ist. Wir wollen auch in Rheinland-Pfalz ein Landesprogramm zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ins Leben rufen, um berufstätige pflegende Angehörige nachhaltig zu unterstützen.

Pflegekräfte mit umfassender Ausbildung brauchen bessere Arbeitsbedingungen, angemessene Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten. Wir fördern neue Ausbildungsmodelle wie Teilzeitausbildung und duale Formate sowie eine modulare Weiterbildung. Auch nichtärztliches Personal wie Advanced Practice Nurses soll mehr Verantwortung übernehmen können. Bei der Akquise von Fachkräften aus dem Ausland setzen wir uns für faire Anerkennungsverfahren, Sprachförderung und die Unterstützung durch Integrationslots:innen ein.

Wir GRÜNE fördern nachbarschaftliche Netzwerke, Mehrgenerationenprojekte und neue Wohnformen wie Pflegewohngemeinschaften oder generationenübergreifende Wohnprojekte mit Pflegeleistungen im Bedarfsfall. Gemeinschaftliche Ressourcen wie Nachbarschaftshilfe, Besuchsdienste, gemeinsame Mobilität und digitale Vernetzung sind vorzuziehen, bevor professionelle Pflege notwendig wird. Das Saarburger Modell zeigt exemplarisch, wie dies gelingen kann: Durch Dorfgesundheitshütten, gemeinsame Dorfmobile, Permakultur-Gärten und Nachbarschaftsgruppen via Messenger-Dienst entstehen sorgende Gemeinschaften von unten. Gesundheitsförderung und Prävention werden zur kommunalen Aufgabe, ältere Menschen bleiben aktiv und eingebunden. Wir setzen uns für die Verbreitung solcher Modelle und ihre Unterstützung durch Land und Kommunen ein.

Bund und Länder haben eine umfassende Krankenhausreform auf den Weg gebracht. Wir wollen die dafür nötigen Veränderungen in Rheinland-Pfalz schnellstmöglich umsetzen, mit dem Ziel, alle Menschen immer zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu behandeln. Dort, wo jetzt schon eine Versorgungslücke besteht, sollen „Regiokliniken“ entstehen, die ambulante, stationäre und pflegerische Angebote vereinen.

Die Menschen brauchen eine gute Versorgung mit Haus- und Fachärzt:innen im ganzen Land. In Regionen mit weiten Wegen zu medizinischen Einrichtungen setzen wir uns für Bürgerbusse, Hol- und Bringdienste (zum Beispiel Therapietaxis) und mobile ärztliche Praxen mit Sprechstunden vor Ort ein. Telemedizinische Angebote bauen wir aus. Wir wollen weiter Kommunen fördern, die Medizinische Versorgungszentren (MVZ) gründen wollen. Zur niedrigschwelligen ambulanten Versorgung wollen wir „Community Health Nurses“ einführen. Wer sich zu einem Schwangerschaftsabbruch entscheidet, muss eine angemessene Versorgung erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Krankenhausförderung dazu beiträgt, wohnortnahe und sichere Angebote zum Schwangerschaftsabbruch zu sichern. Zur Behandlung von Endometriose fördern wir entsprechende Zentren. Wir wollen auch die Erforschung und Behandlung von Long Covid und ME/CFS vorantreiben. Durch eine Sensibilisierung von Ärzt:innen, nichtärztlichen Gesundheitsfachkräften und Multiplikator:innen wollen wir auch die Zugänge zur Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP) und Post-Expositions Prophylaxe (PeP) zum Schutz vor HIV und Aids erleichtern.

Mit den Clearingstellen Krankenversicherung unterstützen wir Menschen ohne Versicherung dabei, (wieder) Zugang zur Krankenversicherung zu bekommen. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir mit einem weiteren Standort in Trier stärken. Leider gelingt es nicht immer, Menschen rechtzeitig in eine Krankenversicherung zu vermitteln. Deshalb fördern wir insbesondere die schnelle und unbürokratische medizinische Versorgung von Schwangeren ohne Krankenversicherung. Perspektivisch streben wir auch für alle Menschen ohne Krankenversicherung, die dringend medizinische Versorgung benötigen, einen Notfallfonds nach diesem Modell an.

Jedes Kind verdient eine liebevolle, verlässliche und wohnortnahe Kita – mit Herz, Qualität, gesundem Essen und Raum zum Entfalten. Dafür schaffen wir ausreichend Kita-Plätze und gewinnen mehr qualifiziertes Personal durch eine flächendeckend berufsbegleitende, entsprechend gut bezahlte Ausbildung, Anerkennung ausländischer Abschlüsse und gezielte Fortbildungen. Für uns ist klar, eine gute frühkindliche Bildung legt den Grundstein für einen erfolgreichen Bildungsweg. Dementsprechend wollen unsere Kindertagesstätten noch niedrigschwelliger organisieren, um noch mehr Familien zu erreichen. Daher setzen wir uns für die Beitragsfreiheit der unter 2-Jährigen ein.

Um das Recht von Kindern mit Behinderung auf Inklusion und Teilhabe zu sichern, setzen wir uns für die Schaffung eines Inklusionsbudgets für Kitas ein. Gute Betreuung braucht außerdem gute Arbeitsbedingungen. Wir kämpfen für faire Bezahlung, mehr Zeit für die Leitung einer Kita und die Anleitung von Auszubildenden. Zudem sorgen wir für einen besseren Personalschlüssel, der Hand in Hand mit der Fachkräftegewinnung geht. Außerdem setzen wir auf starke Trägerstrukturen und unterstützen Trägerzusammenschlüsse. So sichern wir Qualität, entlasten Fachkräfte und machen den Beruf attraktiver.

2. *Was wollen Sie konkret tun, damit Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitsbereich Familie und Beruf besser vereinbaren können?*

Antwort:

Eltern brauchen verlässliche Betreuungsangebote für ihre Kinder, um arbeiten gehen zu können oder ihre Stunden aufzustocken. Wir wollen eine flexible Vollzeit, die es Beschäftigten ermöglicht, freier zu entscheiden, wie ihre persönliche Vollzeit innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden aussieht. Angebote wie die Vier-Tage-Woche wollen wir fördern, um auch Freiräume für ehrenamtliches Engagement oder familiäre Aufgaben zu ermöglichen. Außerdem setzen wir uns auf Bundesebene für einen Anspruch auf eine Pflegezeit mit Lohnersatz ein, die hilft, die Sorge für einen nahestehenden Menschen mit dem Beruf besser zu vereinbaren. Zur Unterstützung von mobilem Arbeiten wollen wir dezentrale Co-Workingspaces fördern. Wir wollen ein Landesprogramm zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ins Leben rufen, das Beschäftigte mit Pflegeverantwortung nachhaltig unterstützt und damit einen Beitrag zur Fachkräftesicherung für Unternehmen leistet.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Ärzt*innenberuf sich so verändert, dass er auch mit Familie vereinbar ist und weg vom klassischen 24/7-Landarzt kommt. Junge Ärzt*innen wollen immer öfter lieber eine Anstellung statt der klassischen Niederlassung mit eigener Praxis, die verbunden ist mit einem wirtschaftlichen Risiko und weniger Flexibilität.

Daher wollen wir noch stärker Medizinische Versorgungszentren (MVZ) in kommunaler Trägerschaft fördern. Wir unterstützen Kommunen bei der Gründung solcher MVZ.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Aufgaben von Ärzt*innen auf nicht-ärztliches Personal übertragen wird, um Ärzt*innen zu entlasten und die Versorgung zu verbessern.

3. *Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen unterliegen oft anderen arbeitsrechtlichen Regeln als Beschäftigte in weltlichen Betrieben. Halten Sie dieses Sonderarbeitsrecht noch für zeitgemäß – und würden Sie politisch dafür eintreten, dass für alle Arbeitnehmer in Deutschland die gleichen Mitbestimmungs- und Arbeitsrechte gelten?*

Antwort:

Die Kirchen leisten in Deutschland einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt – etwa durch ihre Arbeit in Kitas, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern oder Beratungsstellen. Gleichzeitig arbeiten dort hunderttausende Beschäftigte, die häufig über öffentliche Mittel finanziert werden und gesellschaftlich unverzichtbare Aufgaben erfüllen. Aus unserer Sicht ist es deshalb nicht mehr zeitgemäß, dass für Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen teilweise andere arbeitsrechtliche Regeln gelten als in weltlichen Betrieben. Grundlegende Arbeitnehmerrechte – etwa Mitbestimmung, Tarifbindung, Streikrecht und Schutz vor Diskriminierung – sollten aus unserer Sicht für alle Beschäftigten gleichermaßen gelten, unabhängig davon, ob sie bei einem kirchlichen oder einem weltlichen Träger arbeiten. Das bedeutet nicht, die Religionsfreiheit oder das kirchliche Selbstbestimmungsrecht grundsätzlich infrage zu stellen. Diese sind im Grundgesetz geschützt. Aber wenn kirchliche Einrichtungen als Arbeitgeber im Sozial- und Gesundheitsbereich auftreten und öffentliche Aufgaben übernehmen, müssen auch die allgemeinen arbeitsrechtlichen Standards stärker gelten. Unser Ziel ist ein modernes Arbeitsrecht, das für alle gilt bei gleichzeitiger Achtung der Religionsfreiheit und der besonderen Rolle der Kirchen.

4. *Viele soziale Einrichtungen arbeiten am Limit, während Politik seit Jahren Verbesserungen verspricht. Welche konkrete gesetzliche Maßnahme würden Sie in der nächsten Legislaturperiode einbringen, um Personalnot und Arbeitsbelastung in Pflege, Sozialarbeit und Krankenhäusern tatsächlich zu reduzieren?*

Antwort:

Um Personalnot und Arbeitsbelastung zu reduzieren, brauchen wir mehr Fachkräfte. Deshalb müssen wir die besten Ausgangsbedingungen schaffen, die allen eine gerechte Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglichen. Insbesondere bei der Erwerbstätigkeit von Frauen, Menschen mit Migrationserfahrung, Langzeitarbeitslosen, Menschen mit Behinderung, älteren Menschen und jungen Menschen ohne Abschluss sind diese ungenutzten Potenziale vorhanden. Die Programme „Bedarfsgemeinschaftscoaching“, „Jobfux“, „Jugendberufsagenturen“, „JobAction“, „Jobcoach24+“ und „Frauen aktiv in

die Zukunft“ wollen wir deshalb ausbauen. Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung soll in der Fachkräftestrategie gestärkt werden.

Wir brauchen vor allem auch mehr statt weniger Zuwanderung und diese besser gesteuert. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass ausländische Berufsabschlüsse schneller anerkannt und die Standards für den Nachweis formaler Qualifikationen angemessen gesenkt werden. Zudem schaffen wir Förderprogramme für Menschen mit Migrationsgeschichte sowie gezielte Programme und Zertifikate zum Beispiel zur Integration Geflüchteter in Gesundheitswesen, Pflege und Verwaltung.

Übergangskoaches für Ausbildung/Beruf sowie spezifische Programme für Frauen, Jugendliche und andere benachteiligte Gruppen sind dabei unser Weg. So schaffen wir Chancen, stärken Integration und gewinnen Fachkräfte, die unser Land braucht. Wir GRÜNE wollen, dass das Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf Bundesebene erhalten bleibt – mit Spurwechsel und klaren Bleiberechten für Menschen, die hier arbeiten oder eine Ausbildung machen möchten. Wer integriert ist und seinen Lebensunterhalt selbst bestreitet, soll nicht abgeschoben werden.